

Drucksache

der
vernetzenden Organisierung

No. 4, Oktober 2009

INHALT:

Editorial

2

WAS WAR:

Demonstrieren ist unser Recht

Versammlungsrecht verteidigen

Mit einem Blumenstrauß gegen die FDGO

Dokumentation eines Konflikts an der TU Braunschweig

Was heißt hier eigentlich Streik?

Reflexionen zum „Bildungsstreik“ im Juni 2009 in Bremen

3

4

6

WAS IST / DEBATTE:

Aufruf: Ruhig mal was aneignen!

Reinigungskräftestreik an Berliner Unis

Anwesenheit?!

Zur versuchten Abschaffung der Anwesenheitspflicht

10

11

12

WAS WIRD:

Aufruf zum Autonom-Kongress

Alternatives Seminar in Bremen

Kopenhagen Gipfelstürmen

Für ein solidarisches Klima nicht nur in Kopenhagen

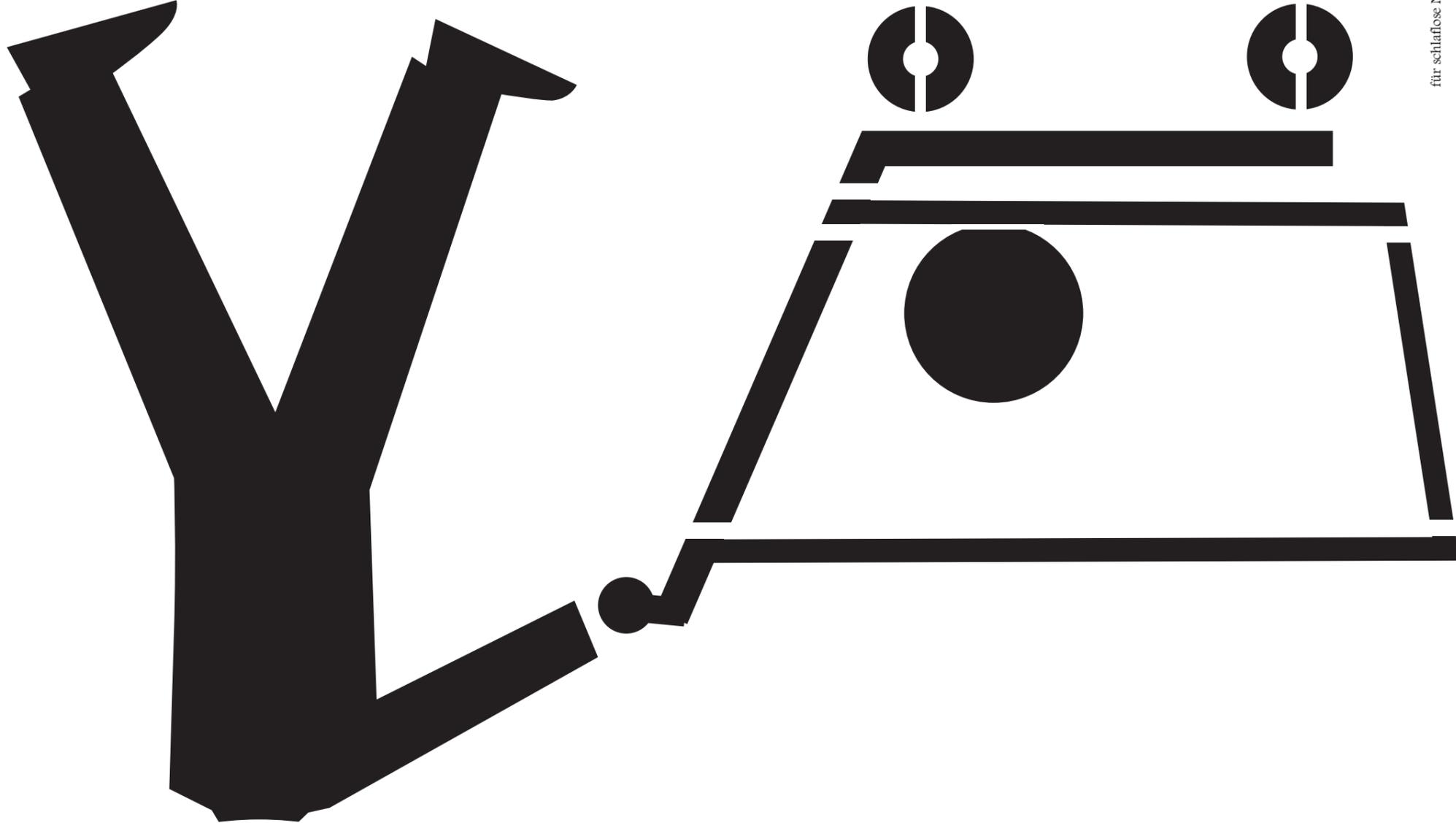
Aufruf zur Aktion gegen den Kohlekraftwerksneubau Moorburg

14

16

17

19



Editorial

Liebe_r Leser_in, du hältst die dritte Ausgabe der Drucksache, der unregelmäßig erscheinenden Zeitung der Vernetzenden Organisation in der Hand.

Die Drucksache ist keine Zeitung mit Redaktion, Lektorat und Titelthemen. Die Drucksache ist vielmehr für alle aus der VO und ihrem Umfeld offen. Eine Zensur findet nicht statt (und wir meinen das auch so).

Organisiert wird die Drucksache von dem AK Drucksache in der VO. Er kümmert sich um die Zeitpunkte für das Erscheinen, Deadlines für Artikel, das Layout und den Druck. Den Inhalt gestalten alle durch ihre Beiträge.

Ziel der Drucksache ist es, die VO und ihr Umfeld über die Aktivitäten und Interessen der beteiligten Gruppen auf dem Laufenden zu halten und inhaltliche Debatten zu führen.

Dabei sind die Texte weder notwendigerweise neu noch explizit für die Drucksache geschrieben. Im Gegenteil finden wir es auch gut und sinnvoll, wenn bereits vorhandene Texte in der Drucksache erscheinen, um sie noch einmal einem anderen vielleicht breiteren Kreis zugänglich zu machen.

Viel Spaß beim Lesen.

Der AK Drucksache

Kontakt: drucksache@vo.bildung-schadet-nicht.de

Industrielländer mit einem „green new deal“ die Abhängigkeit der Entwicklungsländer erneuern und langfristig erhalten können. Sie sitzen wirtschaftlich und ökologisch am längeren Hebel, da die Entwicklungsländer von Krediten abhängig sind und die Industrieländer von den Folgen des Klimawandels weniger betroffen sind. An ein Kratzen am Wachstumparadigma des Kapitalismus ist auf dem Kopenhagener Gipfel von offizieller Seite gar nicht zu denken.

Wir halten es deshalb für richtig, den Gipfelprozess durch Proteste und praktischen Widerstand zu delegitimieren um unsere Kritik und Alternativen hörbar zu machen und die Gipfelteilnehmer_innen unter Druck zu setzen. Schließlich geht es bei der Legitimität des Gipfels auch um ihre Legitimität.

Auch wenn die Forderungen vieler NGOs uns perspektivisch nicht weit genug gehen, sind sie ein Anfang. Durch entschlossene Proteste auf der Straße stützen wir auch ihre Position als Ratgeber in den Verhandlungen. Der Klimawandel und seine sozialen Folgen sind zu wichtig um auf eine soziale Revolution zu warten. Es muss daher auch darum gehen, das Schlimmste, also kontraproduktive Lösungen wie im Kyoto Prozess und die Verfestigung der Ausbeutung der Entwicklungsländer zu verhindern.

Aus dem gleichen Grund dürfen wir unsere Aktion nicht auf Events wie Kopenhagen beschränken. Die Lösungen der Gegensätze, die durch unsere Wirtschaftsweise entstehen liegen in lokalen Strukturen und globaler Solidarität. Dem Energieverbrauch durch Transport sollten wir regionale Strukturen von Produktion und Verbrauch entgensetzen. Der zentralisierten Energiewersorgung mit hohen Leitungsverlusten und Großkraftwerken eine lokale Energiewersorgung mit regenerativen Energieträgern unter Kontrolle der Abnehmer_innen. Auch unsere Konsumgewohnheiten müssen wir überdenken, denn wenn alle Menschen auf

Aufruf zur Aktion gegen den Kohlekraftwerksneubau Moorborg ab Januar

In Hamburg sollen Bäume der Fernwärmetrasse von Vattenfall zum Opfer fallen. Dies steht im Zusammenhang mit dem bereits im Bau befindlichen neuen Kohlekraftwerks Moorborg (vgl. <http://de.indymedia.org/2009/04/248626.shtm>). Es wird damit gerechnet, dass die Bäume schon diesen Winter gefällt werden - ab etwa Januar. Verschiedene Organisationen und Menschen treffen sich bereits regelmäßig um Aktionen gegen dieses Projekt zu planen (vgl. <http://moorborg-trasse-stoppen.de/>).

Eine SMS-Alarm-Liste für den Tag X gibt es bereits - jedermann kann sich eintragen lassen.

Die Hamburger/Lüneburger Gruppe von Robin Wood zieht eine Baumbesetzung als Aktion gegen die Pläne von Vattenfall in Betracht. Die Gruppe ist aber nicht sehr groß. Sie würde eine -symbolische- Besetzung etwa für den Tag X vorbereiten und durchführen. Um mehr auf die Beine zu kriegen bräuchte die Initiative Unterstützung weiterer Klimaaktivist_innen. Würden sich Menschen von außerhalb an einer längeren nicht nur symbolischen Baumbesetzung beteiligen? Mensch muss nicht die ganze Zeit dabei sein, die BesetzerInnen und Unterstützer_innen können sich natürlich abwechseln.

Es ist damit zu rechnen, dass die örtlichen Initiativen die Aktion mit Infrastruktur unterstützen würden und dass es viel Spielraum für Öffentlichkeitsarbeit und Kontakt mit Einwohner_innen und Passant_innen geben würde.



Kraftwerksneubau in Moorborg

um die Welt sozial und ökologisch zu gestalten bedarf es einer revolutionär anderen Wirtschaftsweise. Und „Revolution ist nicht ein kurzer Akt, wo mal irgendwas geschieht und dann ist alles anders. Revolution ist ein langer komplizierter Prozess, wo der Mensch anders werden muss.“ (Rudi Dutschke). Und anders werden wir vor allem dadurch, dass wir anders denken und handeln.

Zum Weiterlesen:

Die Linke und die sozial-ökologische Frage, AK Sonderbeilage vom Sommer 2009. Enthält u.a. viele der hier zitierten Texte aus der AK.

Luxemburg 1, Sommer 2009
Zum Green New Deal.

Zusammenfassung des IPCC-Berichts
http://www.ipcc.ch/publications_and_data/publications_ipcc_fourth_assessment_report_synthesis_report.htm

¹¹ Siehe dazu auch die Texte des Klimaplenums Bremen in der Drucksache No. 3 vom April 2009

Demonstrieren ist unser Recht

Versammlungsrecht verteidigen!

Bremer Soli-Gruppe

Unter ihnen waren auch eine ganze Reihe Minderjähriger.

Der Versuch die Spontandemonstration anzumelden wurde von der Polizei nicht zugelassen und unterbunden.

170 Ingewahrsamnahmen und Bußgeldverfahren nach friedlicher Spontandemonstration in der Bremer Innenstadt. Bei der Bekämpfung unliebsamer Meinungen wirft der Staat seine eigenen Regeln über Bord. Die ersten Verhandlungen stehen bereits im August 2009 an.

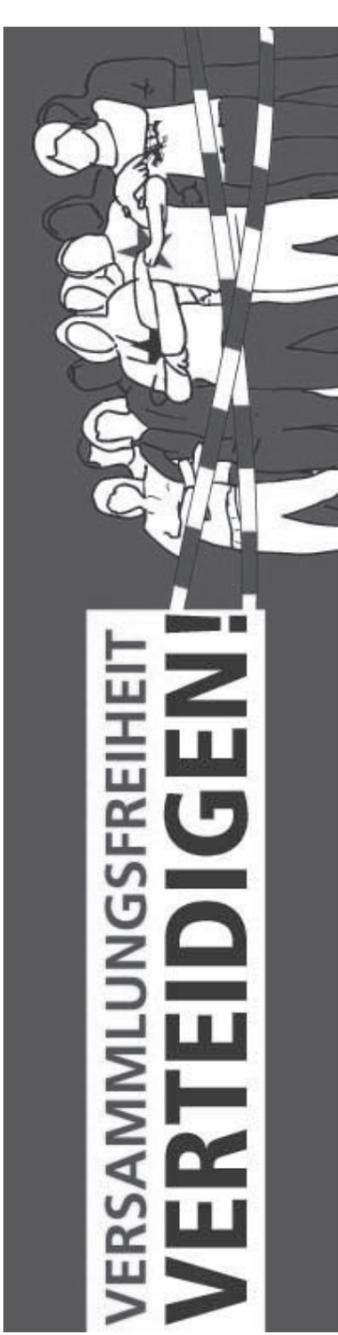
Weiterhin wurde gemutmaßt, dass zum Bundesligaspiel angereiste „gewaltbereite Fußballfans“ sich ebenfalls der Demo anschließen und so noch viel mehr Polizeikräfte benötigt werden würden. Dass die Fußballfans dann aber nicht mehr gleichzeitig am Stadion Polizeikräfte binden können, zumal sich Demo und Fußballspiel zeitlich überschneiden, haben die Verantwortlichen in der Justiz ignoriert.

Demoverbot¹

Begründet wurde das Demonstrationsverbot mit verschiedenen, sich zum Teil widersprechenden und haarsträubenden Argumenten: Dass es nicht genug Polizeikräfte gäbe, wurde schnell revidiert. Stattdessen hieß es dann, dass die Freisprüche im Verfahren zum Tod von Oury Jallohs (der gefesselt in einer Zelle des Polizeireviers in Dessau verbrannte) und Laye Conde (der in Bremen nach der Zufuhr von Brechmittel und Wasser durch einen Polizeiarzt starb) und die polizeiliche Ermordung eines Besucher des Weihnachtsmarktes, denen eine Demonstration nicht recht ins Bild des Konsumrauschs passen könnte, sind weitere Gründe für ein Verbot. So argumentierte das Stadamt mehrfach und anerkannt mit hohem Besucheraufkommen und räumlicher Enge in der City wegen Shopping Nacht und Weihnachtsmarkt. Nach dieser

Was war da los?

Am 13. Dezember 2008 planten verschiedene linke Gruppen in Bremen unter dem Motto „We Still Stand Together“ und im Rahmen des bundesweiten Aktionstages aus Solidarität mit den Betroffenen der mg-Prozesse (militante Gruppe) eine Demonstration gegen staatliche Repression. Das Stadamt Bremen hatte diese Demo verboten und wurde darin vom Verwaltungsgericht und Obergericht bestätigt.

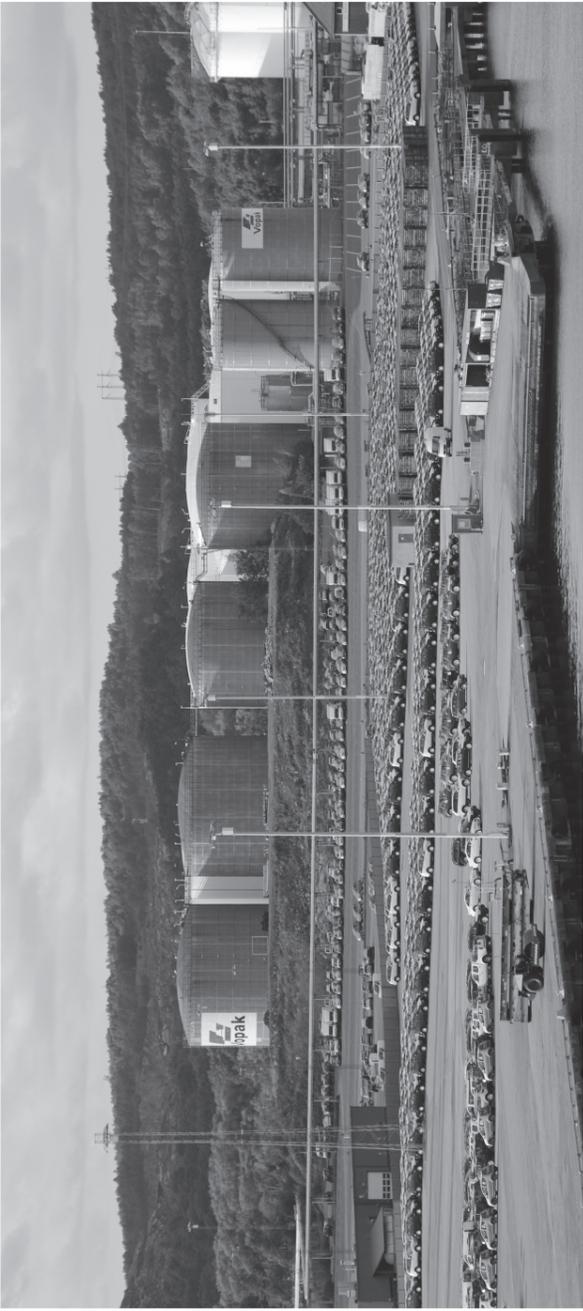


Beispiel einer Industrie mit nicht physischen Dienstleistungen mag das Internet dienen, das mittlerweile einen Anteil von 2-3% am Kohlendioxidausstoß in Deutschland hat – etwa so viel wie der Flugverkehr⁹.

Allem Interesse an der kostenfreien Nutzung der Umwelt zum trotz fordern neuerdings auch Unternehmen mehr Klimaschutz von der Politik ein. Das liegt zum einen daran, dass die Wirtschaft an stabilen politischen Verhältnissen interessiert ist, die bei Konflikten um Ressourcen und Migration nicht mehr gewährleistet sind. Zum anderen, bauen gerade Länder wie Deutschland auf die Umweltschutztechnologie als Schlüsselinnovation um aus der Wirtschaftskrise in eine neue Phase des Kapitalismus zu kommen. Feste Klimaschutzziele sichern hier Absatz-

pusten. Das sichert vor allem den Technologievorsprung der Industrieländer.

Auch der Europa-interne Emissionshandel ist konträrproduktiv, da die Emissionsrechte momentan zu großen Teilen umsonst vergeben werden⁵ und ihre Gesamtmenge nicht ständig verringert wird. Um Investitionen in CO2 sparende Technologie zu erwirken wären aber eine Versteigerung mit Mindestpreisen sowie eine ständig reduzierte Anzahl an Zertifikaten nötig⁶. Statt dessen steigt der Strompreis, da die geschenkten



Ausbeutungs- und Umwelterstörungsverhältnisse empfunden wird¹⁰. Leider sehen wir die Hoffnung darauf, dass sich die Delegierten der Staaten zusammen mit dem Rat einer ganzen Reihe von NGOs auf echte Klimaschutzziele einigen nicht für berechtigt an. Das Interesse der Industrieländer ihren klimaschädlichen und ausbeuterischen Lebensstil aufrecht zu erhalten und ihre Macht sich damit durchzusetzen sind zu groß. Entwicklungsländern werden darauf beharren, das sie noch einiges nachzuholen haben, bevor sie mit Einsparungen beginnen müssen, während einige Industrieländer schon angekündigt haben einer Ausstoßsenkung nur zuzustimmen, wenn, auch Schwellenländer wie China ihre Emissionen senken. Es wird sich also um einen Machtpoker handeln in dem sich entscheidet, ob die

märkte für die neuen Produkte und machen Subventionen durchsetzbar. Damit festigen die Industrieländer ihre wirtschaftliche Vorrherrschaft. Werden Klimaschutzziele auch für Entwicklungsländer festgelegt, werden dort Absatzmärkte für die eigenen Produkte geschaffen und das Ausbeutungsverhältnis aufrecht erhalten.

Zertifikate einen Wert haben, der beim Verkauf einen Profit ohne Produktion ermöglichen würde. Diesen Profit müssen die Stromkunden nun extra zahlen, damit überhaupt noch Strom produziert wird⁷. Generell sind alle bisherigen Reduktionsmechanismen auf Marktprinzipien basiert, was dazu führt, dass nicht aus Problem-

Doch unabhängig von den weiter bestehenden sozialen Gegensätzen wird ein „green new deal“, wie die grüne Erneuerung des Kapitalismus gerne genannt wird, keinen langfristigen Schutz der Umwelt und unserer Lebensbedingungen ermöglichen⁸. Dem kapitalistischen Wirtschaftssystem ist ein Zwang zur ständigen Expansion innewohnend, der ständiges Wachstum von Produktion und Konsum von Waren voraussetzt. Auch wenn die Waren nicht unbedingt physischer Natur sein müssen erscheint ein ständig steigender Bedarf an Rohstoffen und Energie unausweichlich, da der Effizienz physikalische Grenzen gesetzt sind. Als

Titus Arnu, Klimakiller Intenet, Süddeutsche Zeitung (online) vom 22.10.2007 <http://www.sueddeutsche.de/computer/407/422168/text/> Die Werte stammen aus dem Jahr 2007. Mittlerweile dürfte der Stromverbrauch des Internets stark gestiegen sein.

10 Tadzio Müller, Countdown to Copenhagen – wird der Klimagipfel zu einem Seattle 2.0?, aus ak 542 vom 18.9.2009 http://www.akweb.de/ak_s/ak542/12.htm

Das Stadamt Bremen hatte diese Demo verboten und wurde darin vom Verwaltungsgericht und Obergericht bestätigt.

Die TeilnehmerInnen gingen am Weihnachtsmarkt vorbei die Obernstraße hinunter und wurden nach etwa 400 Metern auf Höhe „Kurze Wallfahrt“ gegen 15 Uhr von der Polizei eingekesselt. Nach teilweise stundenlangem Warten in der Kälte erfolgte die Verbringung in unterschiedliche Wachen in denen sie, in mitunter überfüllten Sammelzellen, bis 23 Uhr ausharren mussten.

5 Siehe 4
6 Frieder Otto Wolf, Den Green New Deal nicht ablehnen, sondern instandbesetzen, aus Luxemburg 1, August 2009
7 Siehe 4

Logik werden die Interessen der Einzelhändler einen hohen Umsatz zu machen vor die Grundrechte der freien Meinungsäußerung und der Versammlungsfreiheit gestellt.

15-Jährigen in Griechenland die Stimmung zu sehr aufheizen würde. Dass es aber eine Woche vorher schon Demonstrationen zu eben jenen Anlässen gegeben hatte, wurde dabei wohlwollend ignoriert.

Am frühen Nachmittag des 13. Dezember sammelten sich knapp 200 Menschen in der Innenstadt um in einer Spontandemonstration gegen das Demo-Verbot zu demonstrieren. Ort und Zeit der Spontandemo waren komplett andere, als die der ursprünglich geplanten Demonstration.

Wenn die Polizei repressives Handeln mit Gefahrenprognosen begründet, hat sie auch ein Interesse daran, dass diese Prognosen Realität werden. Stellt sie fest, die Leute sind gar nicht gewaltbereit, versucht sie durch ihr Verhalten vor Ort ihre eigene Prophezeiung wahr werden zu lassen. Dummerweise musste sie am Ende dann doch eingestehen, dass die Demonstration friedlich verlaufen ist.

Die Polizei fürchtete anreisende „Gewaltbereite“ aus Hamburg, da dort an diesem Tag keine gleichnamige Demonstration angemeldet war. Es ist lächerlich und absurd, dass die Frage nach einer Demo in Bremen davon abhängig gemacht wird, ob in anderen Städten ebenfalls demonstriert wird oder nicht.

Die TeilnehmerInnen gingen am Weihnachtsmarkt vorbei die Obernstraße hinunter und wurden nach etwa 400 Metern auf Höhe „Kurze Wallfahrt“ gegen 15 Uhr von der Polizei eingekesselt. Nach teilweise stundenlangem Warten in der Kälte erfolgte die Verbringung in unterschiedliche Wachen in denen sie, in mitunter überfüllten Sammelzellen, bis 23 Uhr ausharren mussten.

1 Detaillierte Informationen und Einschätzungen zum Demo-Verbot im Artikel 'Repression gegen Antirepression' in der Zeitung der Roten Hilfe (2/2009) [zurück]

Mit einem Blumenstrauß gegen die FDGO

Dokumentation eines Konflikts an der TU Braunschweig

von der PAG aus Braunschweig

Wir möchten hier einen Konflikt dokumentieren, der sich an einem Bild entfachte und dann innerhalb der Studierendenschaft der TU Braunschweig für eine Gewaltdebatte und einigen Zoff sorgte. Solche Anfeindungen kosten viel Kraft und erschweren linke Politik an den Unis. Im Nachhinein war es aber trotzdem ganz amüsant.

Ein paar Worte müssen wir noch zum Hintergrund sagen: Unsere Gruppe hat ihre Arbeit damit begonnen einen ehemaligen Fachschaftsraum (das Fachschaftentcafe) zu renovieren und eine vorhandene Küche fertig einzubauen. Die Küche wird auch von anderen genutzt, insbesondere der Fachschaft Maschinenbau. Mit Teilen dieser Fachschaft haben wir wenig politische Gemeinsamkeiten, da zunehmend rechtsoffene und rechte sowie sexistische

Fortsetzung von Seite 3

Innensensor macht Falschaussagen

Im taz-Interview (16.01.2009) sicherte Innensensor Mäurer noch zu, dass keine „Personenbezogenen Daten“, die nach dem Polizeikessel aufgenommen wurden, gespeichert werden würden.² Inzwischen ist aber klar, dass dies sehr wohl geschehen ist. Willkürlich wurden Anhörungsbögen und Bußgeldbescheide über 73,45€ verschickt. Über 70 Leute legten Einspruch gegen die Bußgeldbescheide ein und inzwischen stehen die ersten Verfahren an. Mindestens ein Mensch ist auf Grund der Inge-wahrsamnahme und der Eintragung in (da-rüber lässt sich nur mut-maßen) Polizeida-tenbanken, beim Nato-Gipfel im April die Einreise nach Frankreich verwehrt worden.

Polizeiexperimente in Zeiten der Krise

Das repressive Vorgehen gegenüber der Antirepressions-Demo reiht sich nahtlos in eine Kette von behördlichen Anmaßnahmen

² Aus dem taz-Interview vom 16.01.2009: taz: Herr Mäurer, was ist mit den Personendaten, die nach dem Polizeikessel am 13.12. aufgenom-men wurden? Kommen die in die Gewalt-fäterdatei? Werden die gespeichert? Mäurer: Nein.

Kopenhagen Gipfelstürmen

Für ein solidarisches Klima nicht nur in Kopenhagen

ein Entwurf aus Braunschweig und Hannover

Der Klimawandel ist spätestens seit dem vierten IPCC-Bericht von 2007 in aller Munde. Die Polkappen schmelzen, der Meeresspiegel steigt. New Orleans versinkt im Meer und Dresden in der Elbe. Pinguine treiben auf Eisschollen ab und knuffige Knuts gibt es bald nur noch im Zoo. Doch während wir hier im reichen, klimatisch ge-mäßigten Norden emotionale Probleme mit dem Aussterben der Eisbären haben und eventuell in 20 Jahren nicht mehr im März mit dem Benz in die Alpen zu Ski fahren brethern können, weil Schnee und Gletscher geschmolzen sind, sieht es im Süden etwas ernster aus. Schon kleine Veränderungen im Klima sorgen für Dürren und Missernten. Deiche sind unbezahlbar, erzwungene Mi-gration unausweichlich. Aber an der Grenze Europas ist Schluss. Wer nicht unterwegs verhungert oder ertrinkt landet im komfor-tablen' Auffanglager und darf nach kurzer Zeit die Heimreise antreten. Ein Asylgrund ist Klimaflicht nicht.

Was diese Polemik deutlich machen soll, ist dass der Klimawandel nicht vorrangig ein Problem der Naturzerstörung, sondern ein soziales Problem ist. Er macht deutlich, dass die Industrieländer auf Kosten der ganzen Welt leben.

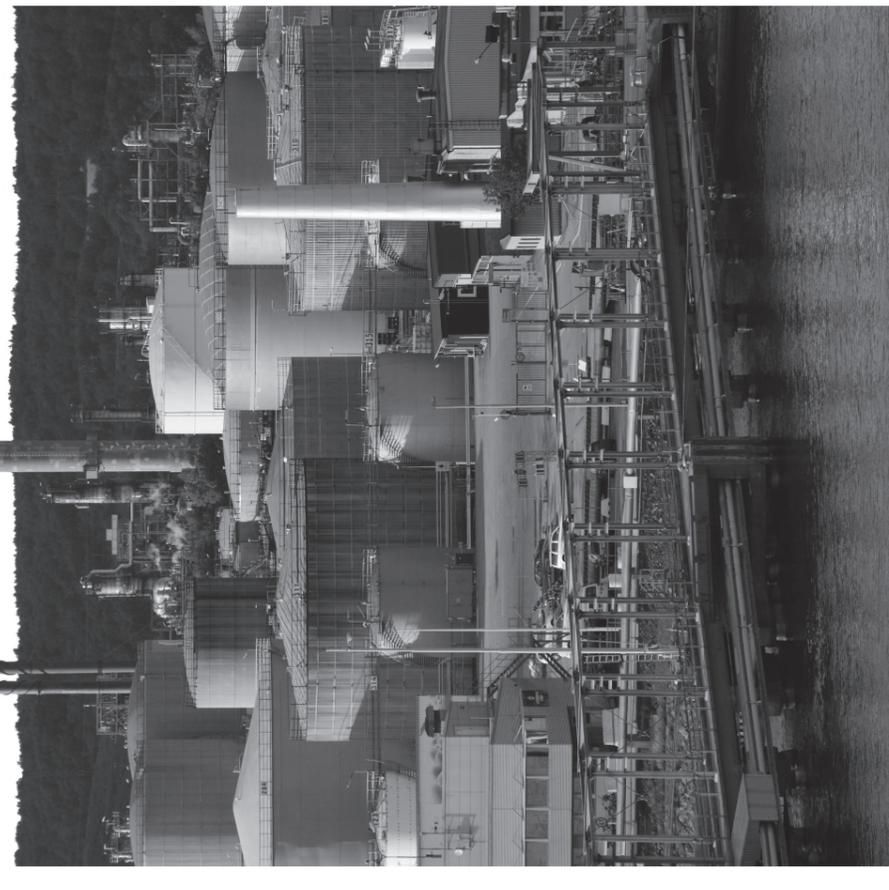
Das der Klimawandel gefährlich werden kann wissen auch die Regierungen und die Wirtschaft der Industrieländer seit geraumer Zeit. Im Rahmen des UNFCCC³ soll die Erhöhung der Erdtemperatur gestoppt oder zumindest begrenzt werden (zuletzt sind 2 Grad seit 1990 im Gespräch).

Als Hauptursache des Klimawandels gelten die sogenannten Treibhausgase, die von der Erde ausgehende Wärmestrahlung reflektie-

¹ Das ist natürlich nicht ernst gemeint. Die Zustände in den Auffanglagern sind alles andere als komfortabel. Siehe z.B. <http://www.dw-world.de/dw/article/0,,3973260,00.html>
² Die „United Nations Framework Convention on Climate Change“ ist ein internationaler Vertrag, der den Willen der unterzeichnenden Länder ausdrückt sich mit der Reduzierung der globalen Erwärmung zu beschäftigen. Jährlich findet eine sogenannte „Conferences of the Parties“ (COP) statt. Im Rahmen der COP-Tref-fen wurde z.B. das Kyoto Protokoll beschlossen und von einigen Ländern unterzeichnet. Der Klimagipfel in Kopenhagen ist das 15. COP-Treffen. <http://unfccc.int>

ren und die Atmosphäre so aufheizen. Seit Beginn der Industrialisierung hat sich ihre Konzentration stark erhöht. Vom Volumen her ist CO2 das am stärksten vertretene. Es wird deshalb meist als äquivalent für alle Treibhausgase verwendet. Da es bei der Verbrennung von fossilen Brennstoffen entsteht, rückt diese in den Fokus des Kli-maschutzes. Andere Quellen wie Massen-tierhaltung (produziert Methan), treten in den Hintergrund.

Die bekannteste Maßnahme zur Vermin-derung des Klimagasausstoßes ist das Kyoto Protokoll, in dem eine Senkung des CO2-Ausstoßes um 5,2%³ gegen-über dem Stand von 1990 festgelegt wurde. Dabei haben die Industrieländer eine stärkere Senkung zu erbringen, während Entwicklungsländer ihren Ausstoß im Rahmen einer nachholenden Entwicklung



³ http://unfccc.int/kyoto_protocol/items/2830.php, <http://de.wikipedia.org/wiki/Kyoto-Protokoll>

⁴ Bernd Brouns, Marktplatz Kyoto, ak 536 vom 20.2.2009

Veranstaltungsankündigung: Alternatives Seminar im Wintersemester 2009/2010

Macht, Entfremdung, Selbsterwerfung - Leben und Studieren unter dem Diktat ökonomischer Zwänge

von noch einer autonomen Gruppe aus Bremen

Wie wirken die Strukturen der ökonomisierten Universität auf das Denken und Fühlen der Menschen, die in ihr zu lernen und zu leben versuchen? Was macht ein Studium aus mir, ein Studium, in dem die gleichen verrückten Konkurrenz- und Anpassungsprinzipien wie auf dem Arbeitsmarkt herrschen – zu dem die „erfolgreich“ absolvierte „Hochschulausbildung“ gemeinhin als Eintrittskarte gesehen wird? Und wie kann ich mich gegen die Logik und die Zwänge einer Uni wehren, die mal offen, mal versteckt die Einpassung der Studierenden in die ökonomisch rationalste Form von „Humankapitalproduktion“ erzwingt? Wie kann ich in einem offenkundig ebenso verrückten wie entmündigenden System einen klaren Kopf behalten? Wie kann ich solidarisch mit Anderen etwas der Macht der toten Strukturen entgegensetzen?

Ich gehe zum einen grundsätzlich davon aus, dass ein Verständnis der Wirkungsweise kapitalistischer Herrschaft in Uni und Gesellschaft eine Voraussetzung zur Veränderung dieser Strukturen bildet – was nicht heißt, dass dieser Ansatz die Praxis in die ferne Zukunft verschiebt. Vielmehr gehe ich davon aus, dass es erst einmal sinnvoll ist, die eigene Verstrickung in Systemzwänge und die Folgen aufzudecken.

Spätestens seit dem europaweit durchgesetzten „Bologna-Prozess“ gehört der Ausbildungsbetrieb Uni ganz ähnlichen Regeln wie die umgebende Gesellschaft und Wirtschaft. Die Frage, die sich daraus ergibt, ist, ob sich die Durchsetzung rein kapitalistischer Prinzipien und Strukturen im Hochschulbereich nicht auch ganz ähnlich auswirkt wie in der übrigen Gesellschaft und ob wissenschaftliche Ansätze, die etwa die Folgen entfremdeten Arbeitens und Lebens im Industriesystem beschreiben, auch auf das Lernen in der Uni übertragbar sind.

Eine erste Auswahl der Theoriebausteine:

- Karl Marx: Entfremdungskonzept und modernes „Bulimie-Lernen“
- Michel Foucault: Gouvernamentalität, „Selbstvermarktung“ und die Illusion der Freiheit
- Marianne Gronemeyer/Ivan Illich: Entmündigung durch Experten und Bildungsalternativen „von unten“
- Klaus Ottomeyer u.a.: Soziale Folgen des Konkurrenz- und Leistungsprinzips
- Anna Freud: Identifikation mit dem Aggressor – Wettbewerb um Konformität

Um einem häufigen Missverständnis vorzubeugen: Die hier umrissenen sozialpsychologischen Konzepte ersetzen keine Gesell-

schaftsanalyse und keine Einführung in Politische Ökonomie. Sie befassen sich mit einem Zusammenhang von gesellschaftlichen Zwängen und dem Bewusstsein von Menschen. Sie erklären nicht primär das Vorhandensein und die Funktionen gesellschaftlicher Strukturen, sondern deren mögliche Auswirkungen. Damit ist auch kein Determinismus irgendwelcher Art gemeint. Mit diesen inhaltlichen Vorschlägen ist ein Einstieg, eine erste Diskussionsgrundlage und ein Angebot gegeben, keineswegs ein abzuarbeitender „Kanon“. In welcher Form und mit welchen konkreten Inhalten es dann weitergeht, hängt von den möglichen Interessen der Teilnehmer_innen ab.

Ort und Zeit der Veranstaltung sind noch nicht endgültig festgelegt. Bei Interesse einfach anmailen, ein Vortreffen mit ersten Infos und Texten wird organisiert. Denkbar sind dann entweder wöchentliche Treffen am Montagmittag bis frühen Abend oder am Donnerstagnachmittag. Falls keine wöchentlichen Treffen klappen, würde ich ein bis zwei zweitägige Blöcke über Freitag und Samstag zum Thema anbieten. Der Veranstaltungsort wird ebenfalls noch bekanntgegeben.

Meldet Euch einfach bei:
Christian (E-Mail: cboldt@uni-bremen.de)

Fortsetzung von Seite 15

Themenschwerpunkt III: Alltagspraxis, interne Machtverhältnisse, Kommunikation

Themenschwerpunkt geht um unseren Umgang untereinander, unter bezug auf Machtverhältnisse und unterschiedlichste Unterdrückungsverhältnisse. Dabei deckt er auch die verschiedenen bekannten –ismen ab.

Außerdem fragen wir uns, wie unsere eigene Kommunikation untereinander aussieht und wie diese geprägt ist. Ob durch vorgegebene Rollen und deren Zuschreibungen oder durch einen offenen Umgang

untereinander, der Annäherung erlaubt und diese auch wünscht.

Schließlich soll es auch drum gehen, wie eine selbstbezogene Abtrennung der eigenen Lebensverhältnisse und Alltagsauseinandersetzen vom radikalen Kollektiven handeln überwunden werden kann.

Themenschwerpunkt IV: Aktionsformen, Widerstand, Medien
Aktionsformen sollen unsere Inhalte und unseren Widerstand nach außen vermitteln. Entspricht das der Wirklichkeit? Wie sollten

wir Militanz verantwortungsvoll einsetzen und perspektivisch ausbauen? Welche Bilanz können / sollen wir aus den gemachten Erfahrungen ziehen? Wie wollen wir mit der medialen Wiedergabe und den Reaktionen auf unsere Aktionsformen umgehen? Welche Rolle(n) spielen unsere eigenen Medien (nicht nur das Internet)? Wie, wo und warum könnten zufünftige Aktionsformen neu gestaltet oder weiter entwickelt werden?

Vorstellung „Haufen“

Hinter der Bezeichnung „Haufen“ verbirgt sich eine Gruppe von Studierenden, die sich gemeinsam kritisch mit ihrer Umgebung auseinandersetzen und Alternativen diskutieren und ausprobieren wollen. Gefunden hat sich die Gruppe neben persönlichen und politischen Kontakten über die Renovierung eines ehemaligen Fachschaftsraumes im Grotrian-Gebäude. Der Raum soll nun gemeinsam von verschiedenen politischen und nicht politischen Gruppen und Fachschaften für regelmäßige Treffen und einzelne Veranstaltungen genutzt werden und einen Freiraum gegen den durchorganisierten Uni-Alltag bieten.

Politisch interessieren wir uns bedingt durch persönliche Interessen für viele Themen. Momentan arbeiten wir an einer Informationsbroschüre über die Stadt Braunschweig und die Region, die insbesondere frisch Zugezogenen einen politischen Überblick geben soll. Konkret wird es um die politische Geschichte und Gegenwart der Stadt, die jüngste wirtschaftliche und soziale Umstrukturierung der Region Südniedersachsen rund um den Cluster VW/Wolfsburg und die (damit verbundene) Neuausrichtung der TU Braunschweig gehen. Außerdem wollen wir eine kleine Übersicht über Braunschweigs linke politische Landschaft geben.

Weniger politisch ist die Filmreihe, die wir im Wintersemester organisieren. Obwohl alle Filme durchaus zum Nachdenke anregen, steht hier der Spaß im Vordergrund. Das Programm findet ihr unten/rechts (<-ans Layout anpassen) auf dieser Seite.

Überregional arbeiten wir im Rahmen der „Vernetzenden Organisierung“ mit anderen Gruppen zusammen um unsere lokalen Probleme in einen größeren Zusammenhang stellen zu können und nicht nur im eigenen Saft zu schwören.

Wir haben keine Sprecher_innen, Vertreter_innen oder ähnliches, alle sind gleichberechtigt. Entscheidungen treffen wir gemeinsam, jede_r beteiligt sich nur an Aktivitäten, wenn er/sie möchte. So werden niemandem Aufgaben aufgezungen.

Möchtest du mehr wissen?
haufen@rotegruetze.net

Stellungnahme der PAG zum Vorstellungstext im AStA Info

Unsere Gruppenvorstellung im Ersti-Info hat für einige Verstimmungen gesorgt. Deshalb möchten wir hier kurz erklären, wie sie zustande gekommen ist.

Stein des Anstoßes war die Kombination aus der Überschrift „Fachschaftscafé“ mit einem Ausschnitt aus der Einladung für unsere „Black Block meets Flower Power“ Party (hier/rechts/links/oben <-passend einsetzen noch einmal abgedruckt). Lasst uns gleich zu Anfang sagen, dass die Überschrift ein



Versehen ist. Wir waren uns noch nicht über unseren Gruppennamen einig, als wir den Vorstellungstext geschrieben haben, da wir vorher nie einen brauchten und Konsensfindung nicht immer ganz einfach ist. Im Zuge dessen ging der Text ohne Überschrift auf den Weg zum AStA. Dort bekam er dann den Namen des Raumes, den wir renoviert haben und gemeinsam mit unseren Kritiker_innen nutzen, verpasst. Dass das Bild für so viel Aufsehen sorgen würde, hätten wir – und wohl auch der AStA – nie gedacht. Sonst wären alle Beteiligten vorsichtiger damit umgegangen. Für uns war das Bild ein Scherz, zumal ein Scherz eher auf Kosten von Steineschmeißer_innen als zu ihren Gunsten – passen doch Blumensträuße nicht unbedingt in ein Straßenkämpfer-Selbstverständnis. Offensichtlich unterscheidet sich unser Humor von dem einiger

Nun, wir hoffen unseren Standpunkt erläutert zu haben. Wenn ihr noch Fragen habt, schreibt doch einfach eine Mail (pag@rotegruetze.net) oder kommt uns bei einem Treffen besuchen. Jeden ersten Montag im Monat kann man uns beispielsweise in ungezwungener Atmosphäre bei einem netten Film kennenlernen (20:00). Einfach rein in den Grotrian (Zimmerstraße 24c) ab in den ersten Stock und dann zwei mal rechts.

Eure pragmatisch antiautoritäre Gruppe.

Fachschaffler_innen, insbesondere dem einiger unserer Nachbar_innen in der Fachschaft Maschinenbau, die das Bild zu einem wahren Sturm der Entrüstung veranlasste.

Trotzdem freuen wir uns sehr über das gewaltkritische Engagement unserer Nachbar_innen und hoffen bald gemeinsame Aktionen gegen Rüstungsforschung an der TU, schlagende Verbindungen und implizite Unterstützung von Gewalt durch Initiativen wie Bonding, die immer wieder Rüstungskonzerne zu ihren Firmenkontakten einladen (dieses Jahr u.a. EADS und Diehl) durchführen zu können. Auch auf dem spannenden Feld des Umgangs mit

Gewalt und Gewaltverherrlichung bei den Fans norddeutscher Fußballclubs sehen wir in unseren schärfsten Kritiker_innen kompetente Berater_innen.

Nun, wir hoffen unseren Standpunkt erläutert zu haben. Wenn ihr noch Fragen habt, schreibt doch einfach eine Mail (pag@rotegruetze.net) oder kommt uns bei einem Treffen besuchen. Jeden ersten Montag im Monat kann man uns beispielsweise in ungezwungener Atmosphäre bei einem netten Film kennenlernen (20:00). Einfach rein in den Grotrian (Zimmerstraße 24c) ab in den ersten Stock und dann zwei mal rechts.

Eure pragmatisch antiautoritäre Gruppe.

Was heißt hier eigentlich Streik?

Reflexionen zum „Bildungsstreik“ im Juni 2009 in Bremen

von noch einer autonomen Gruppe aus Bremen

Vorbereitung

Im Januar 2009 diskutierten wir auf dem VO-Treffen in Braunschweig mit verschiedenen anderen Gruppen und Einzelpersonen über die „Einladung zum Projekttreffen, Bildungsstreik 2009“ und den „Aufruf zum Bildungsstreik 2009“. Diese Auseinandersetzung mündete in einer von einigen Diskussions-Teilnehmer_innen formulierten Stellungnahme, die auf dem folgenden „Bildungsstreik“-Vorbereitungstreffen in Berlin verteilt wurde. Ebenso war sie in der 3. Drucksache vom April 2009¹ und in der Dokumentation über „Organisationsprozesse im Bildungsstreik 2009“² zu lesen.

der frühe Aufruf auf reformistische Forderungen nach einem öffentlich finanzierten Bildungswesen einer Demokratisierung der bestehenden Bildungsinstitutionen. Systemkritik war Fehlanzeige. Dazu paßte natürlich die Ausrichtung auf ein breites papiernes Bündnis mit anerkannten Organisationen/Institutionen. Aber es fehlte jeder inhaltliche Anknüpfungspunkt für praktische Bündnisse mit anderen linken/linksradikalen Teilbereichsbewegungen. Den Begriff Streik für all das Geplante und auch letztendlich Durchgeführte fanden wir von Anfang an ziemlich daneben. Er ist natürlich geschickt gewählt, weil er als Label eine gewisse Ra-

in der VO eine auf eigene Praxis ausgerichtete weitere Auseinandersetzung mit dem „Bildungsstreik“ statt. Zwar gab es interventionsorientierte Gruppen/Menschen, die sich in die lokalen Vorbereitungsprozesse einbrachten. Eine gemeinsame Koordinierung einer möglichst radikalisierten Intervention hat jedoch nicht stattgefunden. In Bremen gab es darüber hinaus keinerlei „Notwendigkeit“ auf irgendetwas in dieser Hinsicht zu reagieren. An der Uni und der Hochschule regte sich nichts und auch die GSV (GesamtschülerInnenvertretung), die ein halbes Jahr vorher noch den Schulstreik organisiert hatte, hielt sich diesmal zurück.



Wir konnten nicht nachvollziehen, daß das Konzept des „Bildungsstreiks“ eine Reflexion der Fehler vergangener Studiengebührenproteste sei. Auch waren wir der Auffassung, daß das massenhafte Mobilisierungspotential unterhalb der „Misserfolge“ aus dieser Zeit liegen würde. Außerdem spielte eine langfristige Perspektive von systemkritischer Politisierung und Handlungsfähigkeit über die geplante, zeitlich klar begrenzte Protestwoche hinaus, keinerlei Rolle. Statt dessen überweg der passend zum Bundestagswahlkampf geplante appellative Protestcharakter und die Ausrichtung auf eine Präsenz in den Massenmedien. Hierzu beschränkte sich

1 http://www.vo.bildung-schadet-nicht.de/attachments/049_drucksache_09_01.pdf
 2 <http://de.indymedia.org/2009/04/246332.sttml>

Die Kapazität, nun selbst etwas aus unserer Sicht angemessenes zu entwickeln, ist dann jedoch über das gesamte Frühjahr nie vorhanden gewesen. Ebensowenig fand

Interventionen auch die Herzen und Köpfe vieler Menschen erreichen.

Unsere Absicht ist es, gesamtgesellschaftliche Diskurse mit den Mitteln unserer Wahl zu verschieben, mit dem Ziel, die herrschende Ordnung zu kippen.

Dabei ist uns klar, dass wir alle auch Teil des herrschenden Systems, wie der Geschichte, Kultur, Denkstrukturen, Begriffe und Ideologien, sind. Noch in der Auflehnung gegen die Verhältnisse wird unsere Vorstellung durch sie geprägt. Identität und Bewusstsein definieren sich stets auch über die gängigen Gesellschaftsbilder. Aber wir können diese Strukturen immer wieder kritisch hinterfragen und dieses Hinterfragen zum Bestandteil unserer Vorstellung von Emanzipation machen.

Utopie und Schwermkraft!

Utopie ist für uns die Befreiung von Zwängen. Es geht uns um ein anderes Gesellschafts- und Menschenbild als das bestehende. Es geht immer wieder neu um die Aneignung der Begriffe wie „Herrschaftsfreiheit“, „Solidarität“, „Eigenverantwortung“, „Kollektivität“. Der Weg entsteht im Gehen; dabei werden wir auch immer wieder ins Stolpern kommen. Wichtig ist, dass wir überhaupt wagen, Fehler zu machen und die Selbstkritik besitzen den Mangel zu erkennen. Es gibt keine einfachen Antworten auf dem Weg der Revolte. Unsere Theorie, unsere Kritik und unsere Praxis („private“ sowie politische) muss sich an gesellschaftlichen Verhältnissen messen und fortwährend weiterentwickeln. Auch unsere Utopien werden wir ständig ergänzen und überarbeiten müssen.

Es liegt an uns, uns Orte anzueignen, in denen wir subversive Leben als Sabotage an den herrschenden Verhältnisse ausprobieren und lernen. Nicht als fertige Modelle, sondern als Ergebnis von kontinuierlichen Auseinandersetzungen im Rahmen der erfahrenen gesellschaftlichen Widersprüche.

All das wird uns nicht individuell gelingen, sondern nur kollektiv, indem wir unsere Handlungsspielräume erkennen und in die gesellschaftlichen Prozesse eingreifen, um sie bewusst und kritisch neu zu gestalten.

Autonomie ist die Bezeichnung für die Entscheidung eines Menschen oder einer Gruppe von Menschen, ihre Geschichte aus einer Verantwortung für das Ganze heraus selbst in die Hand zu nehmen. (Autonomie-kongress 1995, Nachbereitungsreader S.19.)

In diesem Sinne laden wir alle ein, die ein Interesse daran haben, sich mit dem Begriff Autonomie und dessen praktische Umsetzung wieder neu auseinanderzusetzen: Kommt zum autonom-kongress im Oktober nach Hamburg, bringt euch in die Vorbereitung ein, gestaltet die Diskussionen mit! Wir wünschen uns mit euch eine kollektive Auseinandersetzung bezüglich der Frage nach dem Weg sowie der Entwicklung von Perspektiven und Kommunikationsstrukturen.

Die Struktur des Kongresses

Du/ihr seid aufgefordert, den Kongress mitzugestalten. In den einzelnen Themenschwerpunkten werden verschiedene 5 bis

Programm

Freitag:

Anreise
 20h Auftaktveranstaltung: Themenschwerpunkt I: Der Begriff Autonomie / das Label autonom*

Samstag:

10-13 h Themenschwerpunkt II: Struktur, Bündnisse, Vernetzung und Organisation
 Pause

14-17 h Themenschwerpunkt III: Alltagspraxis, interne Machtverhältnisse, Kommunikation
 Pause

18-21 h Themenschwerpunkt IV: Aktionsformen, Widerstand, Medien

Sonntag:

10 h Zusammentragung, Auswertung, Ausblick
 nachmittags: Raum und Zeit für Treffen, AG, Kampagnenvorstellung

10 minütige Impulse in Form von prägnanten Referaten, einfühlsamen Theaterstücken, einschlägigen Praxisbeispielen oder provokanten Thesen die Diskussionen anregen.

Sowohl Gruppen als auch Einzelpersonen können einen Input vorbereiten, der sich am Schwerpunkt oder einem Thema innerhalb des Schwerpunktes orientiert sowie den o.g. Leitsatz des Kongresses berücksichtigt.

Der Kongress wird auf Deutsch stattfinden. Eine Übersetzung ins Englische können wir zwar nicht garantieren, wir versuchen das aber vor Ort zu regeln.

Themenschwerpunkt I: Der Begriff Autonomie / das Label autonom

Aus welchen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen und politischen Handlungsnotwendigkeiten hat sich der Begriff Autonomie entwickelt? Ist er zu einem Label oder zu einem Mythos geworden, der lediglich noch auf äußere Erscheinungsbilder (Randale, Klamotten, ...) beruht? Sind die Autonomen zu einer selbstbezogenen und selbstgenügsamen Sekte geworden, die von Außen nicht mehr greifbar und kritisierbar ist und sich deshalb der gesellschaftlichen Auseinandersetzung entzieht und somit auch in diese nicht mehr verändernd eingreifen kann. Ist der Begriff „Autonomie“ für die heutige politische/kulturelle Situation noch hilfreich? Wie setzen verschiedene politische Schwerpunkte (wie anti-Ra, anti-Fa, anti-Sexismus, anti-AKW, ...) diesen Begriff in ihren praktischen Kämpfen um?

„Autonomie“ als Kommunikations- und Kampfbegriff, Autonomie als gesellschaftliche Utopie. Selbstbestimmung und Kollektivität als dialektische Einheit. Denn Selbstbestimmung kann nur als Kollektiv statt finden und Kollektivität nur mit selbstbestimmten Menschen..

Themenschwerpunkt II: Struktur, Bündnisse, Vernetzung und Organisation

Was verbindet uns und auf welcher theoretischen sowie praktischen Basis arbeiten wir in unseren Kleingruppen, in unseren Städten, bundesweit oder international zusammen? Gibt es eine gemeinsame autonome Bestimmung?

Unter welchen Kriterien gehen wir Bündnisse ein und um welchen Preis?

Brauchen wir eine Organisation und wenn ja, welche Form von Organisation muss das sein, um eine revolutionäre Kraft darzustellen? Was müssen und können wir an unseren gemeinsamen Strukturen ändern, um politisches Gewicht zu erlangen?

Autonom-Kongress

Selbstverständnis, Stand und Perspektiven der autonomen Bewegung im gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang . . .

9. - 11. Oktober RoteFlora Hamburg

Im Rahmen der Feierlichkeiten zur 20jährigen Besetzung der Roten Flora wird es vom 9. bis 11. Oktober 2009 einen autonom-kongress in Hamburg geben. Wir wollen euch zu diesem Versuch einer inhaltlichen Auseinandersetzung einladen.

Wie aktuell ist eine politische Selbstdefinition als autonom? Taugt dieser Begriff noch und welche unterschiedlichen Eckpunkte sehen wir darin? Wie setzen wir diese um? Wie entwickeln sich unsere Demos, Kundgebungen und Aktionen? Wie erreichen wir bessere Formen von Vernetzungen? Wie können wir ein stärkeres Gewicht unserer Positionen erreichen und vor allem, wozu das Ganze eigentlich? Alle, die sich angesprochen fühlen, sind eingeladen, sich an dem autonom-kongress zu beteiligen.

Wir wollen was!

Anfang des Jahres wurde von einigen Leuten aus dem Umfeld der Roten Flora für einen autonomen Kongress geworben. Hintergrund war das Gefühl, dass zunehmend unbestimmter ist, auf welcher gemeinsamen Basis wir in Kampagnen zusammenarbeiten und welche Relevanz dies in unserer Alltagspraxis hat. Zwar beziehen sich viele auf ein autonomes Label, doch für was dieses steht bleibt zunehmend offener. Mittlerweile besteht die Vorbereitungsgruppe aus mehreren Gruppenvertreter_innen und Einzelpersonen aus Hamburg und Schleswig-Holstein.

Davor und nun:

Den Ausgangspunkt der Autonomen in der BRD bildete Anfang der 70er die Abgrenzung zu den Strukturen der K-Gruppen. Eine Grundidee war, die unterschiedlichen Gruppen und Einzelpersonen nicht der eigenen Politik oder den Mehrheitsbeschlüssen unterzuordnen, sondern sie aufzufordern, eigene Positionen zu entwickeln, artikulieren und auch zu vertreten, um daraus eine Zusammenarbeit entwickeln zu können.

In den 80er Jahren hatte sich dann eine breite autonome Bewegung in den Häusern kämpfen, der Antimilitarismusbewegung, den Antiatom-Protesten u.v.m. herausge-

bildet. Spätestens Anfang der 90er Jahre, nicht zuletzt im Zusammenhang mit dem Zusammenbruch der DDR, hatte sich diese Bewegung jedoch völlig zerfasert.

Heute sind wir von dem historischen Bezug des Begriffs „autonom“ und der damaligen Bedeutung für die politische Auseinandersetzung weit entfernt. Eine übergreifende Perspektive scheint abhanden gekommen. Allein der G8-Gipfel in Heiligendamm hat deutlich gezeigt, dass die radikale Linke in der strategischen Defensive ist. Sie war zwar vor Ort, schaffte es aber weder mit Inhalten noch Aktionen, ihre Akzente zu setzen. Demgegenüber gelang es dem Bündnis „Block G8“, sich als eine neue Strömung medienwirksam in Szene zu setzen, allerdings auch jegliche radikalen Forderungen für eine Pluralität aufzugeben.

Weil heute eine inhaltliche Auseinandersetzung und Positionierung unter uns und nach außen kaum noch stattfindet, ist der Begriff Autonomie oft nur noch ein Label.

Mitmachen

Die Inputs werden soweit möglich, vorher im Internetblog veröffentlicht und auch schriftlich auf dem Kongress ausliegen. Bitte schickt uns eure Inputs, damit wir die Schwerpunkte besser koordinieren können.

Postadresse: autonom-kongress-Vorbereitung, Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg

E-Mail für die Anmeldung von Inputs: autonomer-input@nadir.org

Kontaktmail für Schlafplätze: wageninfo@gmx.de

Webpage mit weiteren Infos und Diskussionen: <http://autonomerkongress.blogspot.de>

Themenverwandtes Diskussionsforum: <http://autox.nadir.org/diskussion/>

Großdemonstration am Mittwoch. Unsere Einwände, daß die Vorbereitung eines solchen „Programmes“ für die wenigen Aktiven gewordenen, absolut größtenteils sei, wurde auf den Vorbereitungstreffen nur von einigen nicht organisierten Studis aufgenommen. Interessanterweise von denen, an denen auch die meiste Arbeit hängen blieb.

Auf den wöchentlichen Treffen kam es vor allem immer wieder zu dem ganz praktischen Problem, wie und von wem das alles bewältigt werden sollte. Die Organisation und Koordinierung gestaltete sich entsprechend und die teilweise kreative aber dennoch geringe Mobilisierung ging im Trubel des Unialltags und des AStA-Wahlkampfes weitgehend unter. Wenige Tage vor der VV, die von kaum mehr als 2-3 Personen vorbereitet wurde, gab es noch keinen Plan bzw. keine Einigkeit darüber, wie diese überhaupt ablaufen sollte und warum überhaupt. Für die Demo war ein EA als überflüssig abgetan worden und von dem Schülerbündnis, das unter einem anderem Motto zu der gleichen Demo aufrief, wußte das Unibündnis nur aus Erzählungen des SDS.

Obwohl es der SDS und Avanti waren, die die Aktivitäten und die Ausrichtung des Unibündnisses bestimmten, übernahmen sie dafür nach unserer Wahrnehmung nur begrenzt oder nur in Form von Einzelpersonen Verantwortung. Sie brachten bei weitem nicht die hochschulpolitische Erfahrung ein, die sie teilweise gemeinsam mit uns gesammelt haben. In wichtigen Teilen ließen sie die ins Rollen gebrachten Aktivitäten einfach laufen, auch wenn lange absehbar war, daß sie nicht erfolgreich oder wenigstens zufriedenstellend ausgehen würden. Wir empfanden das bisweilen als Instrumentalisierung der restlichen Studis im Vorbereitungsbandnis.

Woche selbst

Die „Bildungsstreik“-Protestwoche selbst läßt sich am Besten mit der häufig etwas verständnislos gestellten Frage beschreiben, wo denn gestreikt werde, oder ob nicht wenigstens irgendwo irgendetwas „los“ wäre. Allumfassend herrschte der alltägliche Unibetrieb.

Vollversammlung

Ihrem Namen nach war die Vollversammlung ein Desaster. Gerade einmal 300 Studis waren um 15h in der Mensa erschienen, um sich von studentischen GEW Vertretern

anzuhören, daß der Bologna-Prozeß lieber gestaltet als rückgängig gemacht werden solle. Wie immer auf solchen Veranstaltungen existierte das Phänomen, daß die selben Menschen völlig gegensätzlichen Positionen ihren Beifall zollten. Inhaltlich



kontrovers wurde es nur einmal aus dem Anlaß, daß eine Studentin sich über das Transparent „Freie Bildung für Alle - Kapitalismus abschaffen“ direkt an der „Redner_innenbühne“ beschwerte. Neben einigem Heckmeck, wollte ein Vertreter der Liberalen Hochschulgruppe die aufgelöste Situation gleich nutzen, um den AStA für das Transpi zu beschimpfen und ein SDS-Vertreter bemühte sich gleich darauf hinzuweisen, daß die inhaltliche Aussage nicht repräsentativ für das Bremer Bildungsstreikbündnis sei und das Transpi nicht die Demo anführen werde.

Ausdruck des Chaos, hinter den Kulissen war vor allem, daß noch während der VV selbst die Frage aufkam, „Wie machen wir gleich weiter?“ Denn außer den „einleitenden“ Redebeiträgen gab es vom Unibündnis keinen wirklich festgelegten Plan wie diskutiert und ob etwas bestimmtes beschlossen werden sollte. Erst kurz vor knapp war sich überhaupt auf ein Schwerpunktthema für die VV geeinigt worden, daß geeignet erschien, die Studis massenweise hinterm Berg hervorzulocken. Allerdings war es dann weder der Schwerpunkt, noch mobilisierte es die Studis. Und da ein von 300 Studis getragener Beschluss sowieso irrelevant ist, ging es am Ende der VV lediglich noch um Schadensbegrenzung, damit das Gefühl auf dem Nachhauseweg, was das Ganze eigentlich soll, nicht unnötig groß würde. Die hinterher teilweise wahrnehm-

bare Position, daß die VV mehr oder weniger erfolgreich war, teilen wir nicht. Denn dies interpretierte die VV nicht als solche, sondern begriff sie lediglich als Mobilisierungsveranstaltung für die Demo zwei Tage später.

Info-VA

Nach dem VV-Debakel war niemand von uns motiviert an der Info-Veranstaltung am darauffolgenden Tag teilzunehmen. Rund 40 Studis diskutierten teilweise weiter über das kapitalismuskritische Transpi, wobei sich nur eine kleine Minderheit positiv darauf bezog.

Demo

An der Demo nahmen rund 2.000 Menschen teil, die überwiegende Mehrheit von ihnen Schüler_innen. Die verschiedenen Schätzungen, wie viele Studis mit auf der Straße waren, liegen grob zwischen 50 und 200. Wir tendieren zu der kleineren Zahl. Damit war die Demo aus studentischer Sicht ein Fiasko, aber auch aus Sicht der Schüler_innen eine deutliche Verschlechterung um mehrere 1.000 Teilnehmer_innen gegenüber dem Schulstreik von November 2008. Die Atmosphäre entsprach einer großen politischen Klassenfahrt und wurde von einem Euro-mayday typischem Schilderwald (z.B. Sprechblase mit „Wir sind mehr Wert als Opel!“) begleitet. Gleich zu Beginn kam es im Hintergrund zu einem Konflikt um die Hoheit auf der Demo. Das „Freie Bildung für alle - Kapitalismus abschaffen“-Transpi gesellte sich neben das offizielle Fronttranspi mit dem Spruch „Für Solidarität und freie Bildung“. Platz für beide Transpis gab es allemal, auch wenn sich die 2000 Demoteilnehmer_innen nur sehr zögerlich

über die gesamte Straßenbreite verteilen. Die Träger_innen verstanden sich zudem auf Anhieb so gut, daß sie ihre beiden Transpispis zusammenknöteten. Trotzdem reagierte die SDS Demoorga recht aggressiv und verwies aufgebracht auf einen angeblichen Bündnisbeschuß, daß das kapitalismuskritische Transpi nicht in der Nähe der Demospitze zu sehen sein sollte.

Aber auch sonst hatte die Orga gut zu kämpfen. Die Technik war für die Demogröße hoffnungslos überfordert und als die Schüler_innen mit vorschreitender Zeit zunehmend konsumfreudig in die Innenstadt drängten, waren sie auch von den Fronttranspispis oder von Zwischenkundgebungen nicht mehr zu stoppen.

Unsere VAs

Wir selbst haben aus dem Anspruch heraus radikaler Kritik Raum zu verschaffen zwei Veranstaltungen in der Zeit des „Bildungsstreiks“ organisiert. Auf Unmut stieß dabei teilweise, daß sie auch auf dem Flugblatt des Uni-Bündnisses angekündigt wurden. Befördert hatten wir das biöderweise sogar noch selber, indem wir die Termine erst im letzten Moment vor der Fertigstellung des Flugblattes kommunizierten und sie

deshalb auf dem Bündnistreffen nicht diskutiert worden waren. Einige fanden die Titel unserer Veranstaltungen zu radikal und deshalb für ein so auf Masse schielendes Bündnis ungeeignet, andere ärgerten sich darüber, daß wir uns mit eigenen Veranstaltungen hervortun würden.

Die erste Veranstaltung fand in Kooperation mit der Maus-Bremen (Meßstelle für Arbeits- und Umweltschutz e.V.³) unter dem Titel „Wissen(schaft), (Aus)Bildung und Herrschaft“ am Tag nach der Demo statt. 25 Personen zumeist aus dem Umfeld des Bildungsstreik-Bündnisses diskutierten bei schönem Wetter am GW3 stellenweise recht schwerfällig, ob tatsächlich „alles“ in Frage gestellt werden müsse.

Eine Woche später versuchten wir unter dem Titel „Was heißt hier eigentlich Streik?“ einen Ort der Reflexion und Perspektive für diejenigen des kleinen Akti-vist_innenkreises zu bieten, die sich nicht einfach mit dem Kampagnenende des Bildungsstreiks zufrieden geben wollten. Spontan hatte der SDS noch parallel zu einer Grillparty zur Feier der erfolgreichen Demo eingeladen. Aber immerhin noch einmal 20 Menschen hörten sich unsere Eindrücke und Kritik an,

³ www.maus-bremen.de

diskutierten lebhaft und gar nicht mehr so kontrovers darüber, zerbrachen sich den Kopf über die „Perspektiven linksradikaler und emanzipatorischer Hochschulpolitik“ und überlegten wie es deshalb gemeinsam weitergehen könnte.

Unsere Rolle/Verhalten

Nach unserem Entschluß aus dem Frühjahr, lieber etwas eigenes anstatt den Bildungsstreik zu machen, fehlten uns dafür nicht nur die Kapazitäten, sondern irgendwie auch die durchschlagende Motivation. Trotz eines generell auch bewegungspolitischen Politikansatzes sind wir uns nie darüber einig geworden, ob wir den Bildungsstreik radikalisieren oder doch lieber ignorieren sollten/wollten. Der spätere Entschluß im Uni-Bündnis dann nur „mitzuschwimmen“ lag auch neben der pessimistischen Einschätzung des Möglichen auch mit daran, daß wir uns nach langem Ringen gerade entschlossen hatten, uns erneut an den parallel zum Bildungsstreik stattfindenden ASTA-Wahlen zu beteiligen. Kraft fanden wir daher gerade für die beschriebenen inhaltlichen Interventionen. Eigene Aktionen, für die es einige Ideen gab, konnten wir deshalb nicht umsetzen. Vor allem während der Vorbereitungs- und Mobilisierungsspha-

aufzunehmen. Denn auch das Bremer Hochschulgesetz ist hier keine Hilfe. Zwar sieht es keine Anwesenheitspflicht vor, dennoch ist auch aus ihm nicht eindeutig ableitbar, dass Anwesenheitspflicht kein Kriterium für das Bestehen einer Veranstaltung sein kann. Nicht zulässig (bzw. nicht rechtskräftig) ist nach Aussage des Dezernats 1 (Dezernat für akademische Angelegenheiten der Uni Bremen) nur, dass die Anwesenheitspflicht in die Modulbeschreibung geschrieben wird. Wenn die einzelnen Studiengänge Anwesenheitspflicht für bestimmte Lehrveranstaltungen einführen wollen, können sie das in ihrer spezifischen Studiengangordnung tun. Allerdings sehe dies das Rektorat nicht so gern, und wenn, dann nur für bestimmte Lehrveranstaltungen, wie z.B. für Labore oder Seminare. Wobei dann auch noch geklärt werden müsste, was Anwesenheit eigentlich als prüfungsrelevante Leistung ausmache und wie sie nachprüfbar sein soll. Vor dem Hintergrund, dass sich immer alle so beschweren, dass sie so viel zu tun hätten, kann die Universitätsleitung es aller-

dings nicht verstehen, warum sich manch ein_e Professor_in damit noch zusätzliche Arbeit machen will. Es scheint also, dass das, was der Widerstand von unten nicht vermochte, nämlich eine Systemveränderung im universitären Alltag herbeizuführen, auch eine „Anordnung“ von oben nicht vermag, bzw. nicht will. Dabei hätte sich nämlich die allgemeine BA-Prüfungsordnung explizit gegen Anwesenheitspflicht aussprechen müssen. Das macht sie eben gerade nicht. Was sich geändert hat, ist auf der einen Seite, dass die Argumentation für Anwesenheitslisten schwieriger geworden ist. Sie gehören nicht mehr zum allgemeinen Kanon der Lehr-Represalien. Auf der anderen Seite ist die Verantwortlichkeit klarer. Kein_e Professor_in kann sich nun herausreden, sie/er müsse es ja tun, da dies in der allgemeinen Prüfungsordnung stehe. Es kann sich nur noch auf die studien-gangsspezifische Prüfungsordnung berufen werden, für die, wehch Wunder, in vielen Fällen jene Professor_innen mitverantwortlich sind.

Von der Abschaffung der Anwesenheitslisten also keine Spur. Von der Eröffnung neuer Perspektiven und Möglichkeiten für den Widerstand gegen sie, jedoch sehr wohl. Gerade jetzt sollten Lehrende zu Semesterbeginn auf die neue allgemeine BA-Prüfungsordnung hingewiesen werden; gerade jetzt sollten sie gefragt werden, warum sie das eigentlich tun und ob sie überhaupt wüssten, dass dies in der studien-gangsspezifischen Studienordnung drin steht oder nicht; gerade jetzt sollte wieder eine inhaltliche Diskussion über den (Un-)sinn der Anwesenheitspflicht angestoßen werden und gerade jetzt sollten wieder Anwesenheitslisten verschönert, ergänzt und „entführt“ werden. Ansonsten wird „Studium“ weiterhin dafür stehen wofür dieser Satz, der einmal auf eine Anwesenheitsliste gekritzelt wurde, symptomatisch ist: „Hiermit beweisen Sie, dass Sie ihren Namen richtig schreiben können. Damit haben sie die nötige Fachidioten-Qualifikation erreicht, die unsere Gesellschaft so dringend braucht.“



Anwesenheit?!

Zur versuchten Abschaffung der Anwesenheitspflicht

von noch einer autonomen Gruppe aus Bremen

Seit Monaten geistert ein Gerücht durch die Flure der Universität: Die Anwesenheitspflicht soll abgeschafft werden. Diese Anwesenheitspflicht, an die sich viele schon gewöhnt und welche andere so bekämpft hatten? Ja, genau jenes Instrument, was Studierende an ihren Vorlesungs- bzw. Seminarraum fesseln sollte, damit sie ja nicht auf die Idee kommen, jenseits dessen, was die/der Dozent_in vorne erzählt, sich eine eigene Meinung zu bilden oder sonstige „studiums-fremde“ Dinge zu tun, wie zu Jobben oder Kinder in die Welt zu setzen. Denn nichts sollte mehr sein mit Ansätzen von Selbstverwirklichung, freiem Lernen und Emanzipation. So ist neben der Verschulung und Modularisierung des Lernplanes, der wirtschaftlichen Ausrichtung und weiteren Folgen des Bologna-Prozesses die Anwesenheitspflicht Hauptkritikpunkt an der neuesten Umgestaltung des Universitären Systems und damit Zielscheibe unterschiedlichster Widerstandsformen.

neoliberalen Bildungsideals. Studierende sollen sich doch besser freiwillig einer Zwangsverdrummung unterwerfen, anstatt von einem offensichtlichen Repressionsinstrument zu etwas gezwungen zu werden. Die Mehrheit hat's eh schon akzeptiert und der Rest hat einen Grund weniger zu schreiben und wird anders selektiert. So rum ist's einfach, „ökonomischer“. Doch was ist eigentlich gerade passiert?

Es fing alles damit an, das im Januar 2009 der Akademische Senat (AS) eine neue allgemeine Bachelor-Prüfungsordnung verabschiedete, in der Anwesenheit nicht mehr als prüfungsrelevantes Kriterium auftaucht. Diese Prüfungsordnung wurde nun im August nach einiger Verzögerung von der senatorischen Behörde bestätigt. Der Passus ist jedoch so allgemein formuliert, dass sich bereits einzelne Studiengänge mit der Idee beschäftigten, Anwesenheitspflicht direkt in ihrer eigenen Prüfungsordnung

se hatten wir selbst den Eindruck teilweise nur zu nörgeln und darüber möglicherweise destruktiv zu wirken. Vor allem den gerade aktiv gewordenen Studis gegenüber haben wir uns deshalb unwohl gefühlt.

Bereits vor der Protestwoche hatten wir häufiger ins GW3 eingeladen und in kleinerem Rahmen einige Gespräche und Diskussionen zur hochschulpolitischen Perspektive geführt. Als es in der Protestwoche selbst nicht einmal mehr ein Treffen des Uni-Bündnisses gab haben wir uns um spontane Nachbereitungen bemüht, damit nicht alle mit ihren Eindrücken alleine blieben. Unsere VA in der Woche danach verfolgte den gleichen Zweck. Wir finden, daß es uns damit insgesamt recht gut gelungen ist, einen Teil der Aktivist_innen aufzufangen und ihnen Reflexionsorte zu geben, die das Uni-Bündnis selbst nicht vorgesehen hatte. Das wir uns in diesem Sinne nicht im Bündnis selbst engagiert haben, lag daran, daß uns dort keine konstruktive und vorurteilsfreie inhaltliche Auseinandersetzung möglich erschien. Dies war aber auch der Grund, warum der SDS und Avanti unseren Veranstaltungen weitgehend fern blieben.

Perspektive

Der Verlauf der Bremer Bildungsstreik-Aktivitäten, hat gezeigt, wie schwer es gegenwärtig an Unis und vielleicht speziell in Bremen ist Bewegungsarbeit zu betreiben. Diese Einschätzung wird auch noch von der parallelen Entwicklung gestützt, daß es in diesem Moment nicht die Studis, sondern die Unileitung versucht, die erst vor Jahren von ihr selbst eingeführten Anwesenheits-

und Identitäten plädieren, sondern fordern einen offensiven, nach außen gerichteten Umgang damit ein. Denn versuchen wir uns in Zeiten fehlender Bewegung allzu sehr dem herrschenden Diskursen anzunähern, um möglichst viele Menschen „dort abzuholen, wo sie stehen“, verlieren wir gleichzeitig auch tendenziell unsere eigenen Positionen und Erfahrungen, die wir anderen überhaupt noch mitteilen können.

Für die Art und Weise, mit der wir uns in den Bildungsstreik eingebracht haben, finden wir, daß es einigermaßen gelungen ist, aus herrschaftskritischer Perspektive in die Aktivitäten zu intervenieren. Sei es über einfache Gespräche im Aktivist_innenkreis, über Transpis, die zur richtigen Zeit am richtigen Ort aufgetaucht sind, oder über unsere Veranstaltungen. Dennoch bleibt uns der fade Beige-schmack, teilweise nur gemeckert und uns nicht stärker konstruktiv in den Vorbereitungs- und Diskussionsprozess eingebracht zu haben. Vor allem vor einer breiteren Diskussion unserer Argumente etwa auf der VV und der Info-Veranstaltung haben wir uns ziemlich gedrückt. Hier war es statt dessen meist Avanti, die dann letztlich für eine inhaltliche Dimension sorgten.

Trotzdem resultierte aus unseren beiden Veranstaltungen eine bis weit in die Semesterferien hineinreichende regelmäßige inhaltliche und praktische Auseinandersetzung zwischen uns und anderen Aktivist_innen mit dem existierenden Bildungssystem. Das hat uns bewiesen, daß linksradikale Basisarbeit an den Unis im Moment nicht nur strategisch notwendiger den je, sondern nach wie vor auch möglich ist.



